



***Die Millennium-Entwicklungsziele
in der handelspolitischen Praxis:
Ende der Armut in Sicht?***

**Die Millennium-
Entwicklungsziele in der
handelspolitischen Praxis:
*Ende der Armut in Sicht?***

Herausgeber:

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: +49-(0)228-35 97 04
Fax: +49-(0)228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e.V. (DNR).

Verantwortlich:

Jürgen Maier

Autorinnen und Autoren:

Richard Brand, Michael Frein, Peter Fuchs, Jürgen Knirsch, Kerstin Lanje, Daniel Mittler, Alexis Passadakis, Tobias Reichert, Tilman Santarius, Marita Wiggerthale.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMU wieder.

Layout:

Bettina Oehmen

Herstellung:

Knotenpunkt GmbH, Buch

Bonn 2007

Titelseite: Bildnachweis - Dreamstime

Inhalt

Einleitung	4
Die MDGs - eine entwicklungspolitische Magna Carta?.....	6
MDG 8: „Globale Entwicklungspartnerschaft“ oder neoliberale Agenda im Schafspelz?	9
Entwicklungspolitische Rhetorik und wirtschafts- politische Realität: Die MDGs und die WTO.....	14
Fazit	17
Literatur	18

Einleitung: Die MDGs - Werkzeugkasten für die Problemlösung oder Wegweiser in die falsche Richtung?

Im Jahr 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs fast aller UN-Mitgliedsstaaten die Millenniums-Entwicklungsziele, die, wie es im Englischen heißt, sogenannten Millennium Development Goals (MDGs). Damit sollte den Bemühungen zur Verbesserung der Situation der Armen in Entwicklungsländern größeres politisches Gewicht und ein stärkerer Fokus verliehen werden (Nuscheler/Roth, 2006a, Küblböck, 2006). Mehr noch: Mit den MDGs sollte eine Art Dach geschaffen werden für die zahlreichen, mehr oder weniger detaillierten Aktionspläne, die als Ergebnisse der UN-Konferenzen der 1990er Jahre entstanden waren. Diese hatten sich stärker auf spezifische Aspekte wie Umwelt, Menschenrechte, soziale Rechte oder Frauenrechte konzentriert. Mit den MDGs sollten, zumindest implizit, Prioritäten gesetzt werden, um eine politische Dynamik zu entfachen, die der Armutsbekämpfung neuen Schub verleihen und letztlich auch zum Durchbruch verhelfen sollte. Dazu wurden die meisten Ziele quantifiziert und eine klare Frist für ihre Umsetzung gesetzt - in der Regel das Jahr 2015. In vielen Ländern sind Kampagnen entstanden, die für die MDGs werben und versuchen, mit Hilfe eines breiten gesellschaftlichen Konsenses die Politik unter Druck zu setzen, damit diese alle Anstrengungen unternimmt, die selbst gesetzten Ziele fristgerecht zu erreichen.



Dabei werden die Grundlagen der MDGs vielfach nicht hinterfragt. Das mag durchaus überraschen, zumal aus zivilgesellschaftlicher Sicht sich eine Reihe von kritischen Fragen geradezu aufdrängen, etwa nach der Beteiligung des Südens bei der konzeptionellen Erarbeitung der MDGs und der Rolle der Zivilgesellschaft in diesem Prozess. Ferner wäre die Frage zu stellen, inwieweit die MDGs die herrschenden Muster der Nord-Süd-Beziehungen in Frage stellen beziehungsweise revidieren, so dass globale Politik auf ein höheres Maß an Gerechtigkeit zusteuert und die Bekämpfung der Armut im Vordergrund der Praxis politischen Handelns steht.

Die Millennium Development Goals (MDGs): Acht allgemeine Ziele, konkretisiert durch achtzehn Zielvorgaben

MDG	Zielvorgaben bis 2015
1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers	<p>1. den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 US-\$ pro Tag beträgt</p> <p>2. den Anteil der Menschen halbieren, die an Hunger leiden</p>
2. Verwirklichung der allgemeinen Grundschulausbildung	3. vollständig abgeschlossene Grundschulausbildung für Mädchen und Jungen
3. Gleichstellung der Geschlechter und „Empowerment“ der Frauen	4. Das Geschlechtergefälle auf allen Bildungsebenen beseitigen. In Grund- und Sekundarschulbildung bis 2005.
4. Senkung der Kindersterblichkeit	5. Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel senken.
5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern	6. Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken.
6. Bekämpfung von HIV/Aids und anderen Krankheiten	<p>7. Die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und eine Trendumkehr bewirken.</p> <p>8. Die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und eine Trendumkehr bewirken.</p>
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit	<p>9. Die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme überführen und dem Verlust von Umweltressourcen Einhalt gebieten. (keine Zeitvorgabe)</p> <p>10. Den Anteil der Menschen halbieren, die keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und elementaren sanitären Einrichtungen haben. (bis 2015)</p> <p>11. Die Lebensbedingungen von mindestens 100 Mio. Slumbewohnern deutlich verbessern. (bis 2020)</p>
8. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft	<p>12. Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln, dies umfasst „good governance“, Entwicklung und Armutsreduzierung auf nationaler und internationaler Ebene.</p> <p>13. Den besonderen Bedürfnissen der LDC Rechnung tragen, dies umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zoll- und quotenfreien Marktzugang für die Exportgüter der LDC, - Schuldenerleichterung für HIPC's, - Streichung bilateraler Schulden, - Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die sich zur Armutsbekämpfung verpflichten. <p>14. Den besonderen Bedürfnissen der Binnenländer und kleinen Inselstaaten Rechnung tragen.</p> <p>15. Die Schulden der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene langfristig tragbar gestalten.</p> <p>16. Strategien zur Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für junge Menschen erarbeiten und umsetzen.</p> <p>17. In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu erschwinglichen Preisen in den Entwicklungsländern verfügbar machen.</p> <p>18. In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile neuer Technologien, insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können. (alle ohne Zeitvorgaben)</p>

Eigene Darstellung, nach Nuscheler/Roth, 2006

Die MDGs - eine entwicklungspolitische Magna Carta?

Ein Blick in die Geschichte der MDGs zeigt, dass sie in ihren Grundzügen bereits im Jahr 1996 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD), dem „Club der Industrieländer“, ausgearbeitet wurden (Loewe, 2005). Die MDGs basieren mithin nicht auf einer Initiative der Regierungen und oder gar der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern. Anders als in den Aktionsplänen der UN-Gipfel der 90er Jahre hatten zivilgesellschaftliche Organisationen aus Süd und Nord auch keinerlei Möglichkeit, sich in die Ausarbeitung und Diskussion der MDGs einzubringen (Amin, o.J.). Entsprechend beschränkt sich das MDG „Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft“ (MDG 8) darauf, bereits beschlossene oder angelaufene Prozesse wie den Schuldenabbau für die am höchsten verschuldeten armen Länder (HIPC) oder die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) in der „Doha-Entwicklungs-Runde“ als entwicklungsförderlich zu präsentieren.

Auch ist der Gedanke, Ziele für die entwicklungspolitische Arbeit beziehungsweise die Bekämpfung der Armut zu setzen, nicht neu. Ein Blick auf die einzelnen Entwicklungsziele und Zielvorgaben macht deutlich, dass die MDGs keine neue entwicklungspolitische Konzeption und Vision hervorgebracht haben. So wurde beispielsweise bereits 1980 auf einer Konferenz in Alma Ata das Ziel „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ verkündet (Kulesa, 2006). Bereits 1974 verabschiedete die Welternährungskonferenz in Rom eine Grundsatzklärung zur Ausrottung von Hunger und

Fehlernährung, die jedem Menschen das Recht auf eine ausreichende Ernährung zubilligt: *„Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind hat das unabdingbare Recht, frei von Hunger und Fehlernährung zu leben, um die körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll zu entfalten und zu erhalten. Die Gesellschaft verfügt bereits heute über ausreichende finanzielle, organisatorische und technische Voraussetzungen und damit insgesamt über die Fähigkeit, diese Ziele zu erreichen. Dementsprechend ist die Ausrottung des Hungers ein gemeinsames Ziel aller Länder der Völkergemeinschaft, und zwar insbesondere der entwickelten Länder und der anderen, die in der Lage sind zu helfen“* (zitiert nach Grabisch, 1980a). Bei der Proklamation während der Abschlusszeremonie wurde in Rom das Versprechen gegeben, *„dass innerhalb eines Jahrzehnts kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen wird, keine Familie mehr um das Brot für den nächsten Tag zittern muss, und dass kein Mensch mehr seine Zukunft und seine Fähigkeiten durch Unterernährung verkümmern sieht“* (zitiert nach Oltersdorf, 1986).

Die Erklärung von Rom ist tatsächlich anspruchsvoller als die MDGs, will sie doch nicht nur den Anteil der Armen (gemessen am Basisjahr 1990) bis 2015, halbieren, sondern ihre absolute Zahl. Der Unterschied ist gravierend. *„Würden wir uns weiter an die Verpflichtung von Rom halten, dann wäre es unsere Aufgabe, die Zahl der extrem Armen von 2000 bis 2015 um 545,55 Millionen zu reduzieren. Die Millenniums-Erklärung sieht eine Reduzierung um nur 210,5 Millionen vor.“* (Pogge,

2007)

Selbst wenn die Ziele bescheidener sind: Die Zwischenbewertung im Jahr 2005 machte bereits deutlich, dass auch die MDGs mit ihren weniger anspruchsvollen Zielen trotz aller gegenteiligen politischen Bekenntnisse die Zielvorgaben auf globaler Ebene verfehlen werden, wenn die erforderliche entwicklungspolitische Kursänderung und die notwendigen Finanzzusagen ausbleiben. Die MDGs würden sich damit in die gebrochenen Entwicklungsversprechen der Vergangenheit einreihen.

Tatsächlich bilden die MDGs den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ in der internationalen Entwicklungspolitik (Unmüßig, 2006). Weder sind die genannten Ziele neu, noch sind sie - gemessen an den Notwendigkeiten globaler Armutsbekämpfung - besonders ambitioniert. Gegen die allgemein formulierten Ziele („Goals“) als solche lässt sich kaum etwas einwenden. Die Gewährleistung des Zugangs zu einwandfreiem Trinkwasser und elementaren sanitären Einrichtungen - respektive die Halbierung des Anteils derjenigen ohne diesen Zugang - oder die Reduzierung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel sind entwicklungspolitisch fraglos richtige und wichtige Ziele.

Allerdings wird durch die Fokussierung auf die acht MDGs und die achtzehn konkreten Zielvorgaben der entwicklungspolitische Ansatz zur Armutsbekämpfung unnötig verengt. Der Klimawandel wird beispielsweise bei den MDGs nicht konkret benannt - was angesichts der weitreichenden globalen Auswirkungen insbesondere für die Menschen in den armen Ländern schwer nachzuvollziehen ist. Auch werden die Bezüge und Wechselwirkungen zwischen den einzelnen MDGs kaum beziehungsweise gar nicht herausgearbeitet. Die MDGs fallen damit hinter den Stand der entwicklungspolitischen Debatte, wie sie in den 1990er Jahren noch geführt wurde, zurück (Nuscheler, 2006). Die Interdependenzen zwischen Armut und Um-

welt gehörten damals genauso zum „Common Sense“ wie die Erkenntnis, dass die Gründe für Armut vielfältig sind und Armutsbekämpfung somit an vielen Ursachen anzusetzen hat (Unmüßig, 2006).

Den Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Armut hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) deutlich herausgestellt: „Die Eingriffe des Menschen in die Umwelt gefährden bereits heute in weiten Teilen der Erde die natürlichen Lebensgrundlagen vor allem der Armen. Ohne Gegensteuerung werden Umweltveränderungen in Zukunft in noch größerem Umfang existenzbedrohende Auswirkungen haben. Während die Verursacher globaler und grenzüberschreitender Umweltprobleme, wie beispielsweise des Klimawandels, vor allem in den Industrieländern zu suchen sind, leben die Betroffenen ganz überwiegend in Entwicklungsländern. Arme Bevölkerungsschichten sind besonders verwundbar gegenüber Umweltveränderungen“ (WBGU, 2005).

Auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen stellt fest, dass sich in den letzten fünfzig Jahren die Ökosysteme schneller und intensiver verändert haben als jemals zuvor, vor allem um den wachsenden Bedarf der globalen Reichen an Nahrung, Trinkwasser, Holz, Fasern und Öl zu decken. Die Folge: ein bedeutsamer und vielfach unwiderrufbarer Verlust an biologischer Vielfalt auf der Erde. Diese Veränderungen haben einerseits zur Steigerung des Wohlbefindens der Menschen und zu einer wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen, schränken aber andererseits die zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten der Ökosysteme ein, bergen unkalkulierbare Risiken und führen für viele Armen, die einen wichtigen Teil ihrer Nahrungsmittel aus der sie umgebenden Natur beziehen, zu einer Verschlechterung der Lebensgrundlagen (UNEP et al., 2005).

Der Rekurs auf die umweltpolitische Dimension von Entwicklung und Armutsbekämpfung zeigt, dass die Reduktion von Armut- und Entwicklungsproblemen auf

acht Ziele und achtzehn Zielvorgaben der Komplexität der globalen Herausforderungen nicht gerecht wird. Dies wird darüber hinaus auch in den konkreteren Zielvorgaben (targets) deutlich, mit denen versucht wird, die Ziele quantifizierbar zu machen und mit einem klaren Zeitrahmen zu versehen. Dabei wird von strukturellen Fragen sowohl auf nationaler (Verteilungsgerechtigkeit, Transparenz, Demokratie) wie auf internationaler Ebene (weltwirtschaftliche Ungleichgewichte) fast vollständig abgesehen (*Unmüßig, 2006*). Dies mag dem methodischen Interesse einer Quantifizierung geschuldet sein und es ermöglichen, den Prozess zur Erfüllung der Ziele zu verfolgen und gegebenenfalls Nachbesserungen einzufordern; es lenkt in vielen Bereichen jedoch von den politischen Problemen ab und suggeriert, dass effektive sozialtechnische Ansätze und ein Mehr an Entwicklungshilfe ausreichen, um der globalen Armutproblematik wirksam zu begegnen.

Auffällig ist, dass auch MDGs, die bei konsequenter Umsetzung implizit eine hochpolitische Dimension haben, wie beispielsweise das „Empowerment“ der Frauen, in den konkreten Zielvorgaben zu sozialtechnokratischen Lösungsansätzen (gleiche Schulbildung für Jungen und Mädchen) abgeschwächt werden. Aus feministischer Sicht wird MDG 3 denn auch mit „Most Distracting Gimmick“ (*Antrobus, 2004*) übersetzt; dies wird mit dem Vorwurf verbunden, die MDGs lenkten von den sehr

viel konkreteren und weiterführenden Ergebnissen der Weltfrauenkonferenz in Beijing ab. Ähnliches gilt, wie bereits angedeutet, auch für das umweltpolitische MDG 7, das neben der schwachen Forderung nach der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler und internationaler Ebene im Kern nur sozialpolitische Zielvorgaben nach besserer Trinkwasserversorgung und besseren Lebensbedingungen für Slumbewohner enthält. Da die MDGs den systematischen Zusammenhang zwischen Armut und Umweltzerstörung souverän umgehen (*Nuscheler, 2006*), fallen sie weit hinter die Erkenntnisse des UN-Gipfels über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio zurück.

Eine umfassende Betrachtung der MDGs macht deutlich, dass ihre Ausgestaltung nicht nur unzulänglich ist, sondern sie auf einem verengtem entwicklungspolitischen Ansatz basieren und hinter den entwicklungspolitischen State of the Art der 1990er Jahre zurückfallen. Häufig wird jedoch argumentiert, dass immerhin die politische Richtung stimme. Auch wenn dies für einzelne Ziele wie die Senkung der Kindersterblichkeit fraglos zutrifft, lässt sich die Aussage zur „richtigen Richtung“ der MDGs insgesamt dann nicht mehr aufrechterhalten, wenn die entwicklungspolitischen Erfahrungen und Erkenntnisse belegen, dass die MDGs nicht nur verfehlt werden, sondern gar nicht geeignet sind, einen Beitrag zur Lösung der Armutproblematik zu leisten.

MDG 8: „Globale Entwicklungspartnerschaft“ oder neoliberale Agenda im Schafspelz?

Dies ist der Fall bei MDG 8, die globale Entwicklungspartnerschaft, wonach ein „offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickelt“ werden soll. Was mit schönen Worten daherkommt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als entwicklungspolitische Legitimierung einer Politik, die in hohem Maße für die Probleme verantwortlich ist, die sie nun bekämpfen soll.

Auch der Rückgriff auf die Millenniumserklärung hilft nicht aus diesem Dilemma. Dort heißt es: „Wir (die Staats- und Regierungschefs) sind entschlossen, ein offenes, faires, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes multilaterales Handels- und Finanzsystem zu schaffen“ (Vereinte Nationen, 2000). Das Problem ist also nicht etwa mit dem Verweis zu lösen, dass die MDGs manchmal etwas holzschnittartig erscheinen mögen, weil sie in popularisierter und dadurch notwendig verkürzter Form die wichtigsten Zielelemente der Millenniumserklärung abbilden. Die entwicklungspolitisch drängenden Fragen an die MDGs sind eher grundsätzlicher Art.

Die mit MDG 8 verbundenen Zielvorgaben stellen die bestehende Weltwirtschaftsordnung praktisch nicht in Frage. Dabei wäre dies notwendig und unumgänglich, wenn man die Übel tatsächlich an der Wurzel packen wollte. Kritische Intellektuelle aus Entwicklungsländern sehen in den MDGs denn auch eine un-

kritische Fortsetzung des auf Liberalisierung und Deregulierung ausgerichteten „Washington Consensus“ (Amin, o.J.), bestenfalls abgedeckt durch die sozialpolitischen und auf Bekämpfung extremer Armut ausgerichteten Zielvorgaben der MDGs 1-7. Insofern repräsentieren die MDGs eine abgemilderte Form des in den 90er Jahren entstandenen „Post-Washington Consensus“ (Loewe, 2005).

Ob die Welthandelsordnung, wie sie in der Welthandelsorganisation (WTO) völkerrechtlich verbindlich fixiert ist, denn tatsächlich zum Erreichen der MDGs beiträgt, bleibt dabei unhinterfragt. Offensichtlich wird dies, wenn es bei MDG 8 etwa darum geht, „in Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu erschwinglichen Preisen in den Entwicklungsländern verfügbar (zu) machen.“ Zunächst fällt auf, dass sich dieses Ziel in dem allgemein unkonkret gehaltenen MDG 8 statt im MDG 6 findet, das sich speziell auf die Bekämpfung von Aids und schweren Krankheiten bezieht. Im Kontext von MDG 8 gibt es für diese Zielvorgabe weder einen zeitlichen Rahmen, noch wird definiert, was einen „erschwinglichen“ Preis ausmacht.

Am schwersten wiegt jedoch, dass dieses Ziel ausdrücklich „in Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen“ verfolgt werden soll. Für die USA schreibt der Congressional Research Service des US-Kongresses zur Kontroverse in der Welthandelsorganisation (WTO) um den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten

freimütig, die Vereinigten Staaten hätten in den Verhandlungen tatkräftig die Interessen der US-amerikanischen pharmazeutischen Industrie verteidigt. Im Dezember 2002 hätten die USA einen Kompromiss über Zwangslizenzen blockiert, dem bereits alle anderen WTO-Mitglieder zugestimmt hatten. Hingegen hätten die USA die Regelung vom Dezember 2005 als erstes WTO-Mitglied ratifiziert (Fergusson, 2006).

Der Hintergrund ist, dass die Pharma-lobby (nicht nur der USA, sondern auch der Schweiz und Europas) eine entsprechende Interpretation des TRIPS-Abkommens über Rechte an geistigem Eigentum auf der WTO-Ministerkonferenz in Doha bis zuletzt mit Hilfe der einschlägigen WTO-Mitgliedstaaten bekämpft hatte. Auch als sie eine Resolution nicht mehr verhindern konnten, die das Recht der WTO-Mitglieder bekräftigt, Zwangslizenzen für die Nachahmung von patentgeschützten Medikamenten zu erteilen, sperrten sich Industrieländer und Pharmaindustrie weiter gegen eine pragmatische Lösung der verbleibenden Fragen.

Dazu gehörte die Vorschrift des TRIPS-Abkommens der WTO zu Rechten an geistigem Eigentum, wonach unter Zwangslizenzen produzierte Medikamente überwiegend für den inländischen Verbrauch bestimmt sein müssen. Damit konnten die von der Aids-Epidemie besonders betroffenen Staaten Sub-Sahara-Afrikas (außer Südafrika) von dieser Regelung nicht profitieren, da sie nicht über eigene Produktionskapazitäten für Generika verfügen. Bei der WTO-Ministerkonferenz 2001 in Doha, der Hauptstadt des arabischen Emirats Katar, wurde daher beschlossen, einen Mechanismus zu schaffen, der es diesen Ländern erlaubt, Generika auch im Ausland herstellen zu lassen. Ein erster Versuch scheiterte am Widerstand der USA. Wegen des Drucks der Pharmaindustrie dauerten die Verhandlungen darüber zwei Jahre - und das Ergebnis, das zuerst ein Provisorium war und sich nun im Ratifikationsprozess befindet, ist mit so vielen bürokratischen Hürden gespickt,

dass bislang kein einziges Land davon Gebrauch gemacht hat (Frein, 2005). Mit anderen Worten: die neue Regelung ist in der Praxis nicht anwendbar, sie stellt das Interesse der Pharmaindustrie an strengem Patentschutz vor die Bedürfnisse der Armen nach Zugang zu bezahlbaren Medikamenten. Diese Regelung möglichst schnell zu ratifizieren lag mithin durchaus im Interesse der Pharmaindustrie; und so kann es nicht weiter verwundern, dass sich die US-Administration rühmt, dem als erste nachgekommen zu sein.

Die „Kooperation“ mit den Pharmaunternehmen hat mithin dazu geführt, dass deren Patentrechte geschützt, aber keinem Aidskranken direkt geholfen wurde. Wenn das MDG 6 tatsächlich ernst genommen wird, dürfte daher die Kooperation mit der Pharmaindustrie nicht im Vordergrund stehen, erst recht nicht Teil einer Zielvorgabe sein. Mehr noch: die konkrete Zielvorgabe, die MDG 8 enthält, erweist sich für die Armutsbekämpfung als kontraproduktiv.

Während die Zielvorgabe zum Zugang zu bezahlbaren Medikamenten also ein richtiges Ziel mit einem kontraproduktiven Instrument verknüpft, ist die Zielvorgabe zum internationalen Handelssystem so formuliert, dass sie direkt einen kontraproduktiven Zusammenhang herstellt. Denn das Ziel, ein „offenes, und nichtdiskriminierendes Handelssystem weiterzuentwickeln“, hat offensichtlich die weitere Liberalisierung des Welthandels im Visier und muss vor allen Dingen als eine Unterstützung für das multilaterale Handelssystem verstanden werden, das durch die Regeln der WTO gekennzeichnet ist. Dies soll, so die Forderung von MDG 8, weiterentwickelt werden - und eben nicht, wie viele Regierungen und noch mehr zivilgesellschaftliche Gruppen in Entwicklungsländern fordern, grundlegend verändert werden. Auch hier stehen die MDGs einer wirksamen Armutsbekämpfung im Wege.

Wie weit diese „Anpassung“ der MDGs an eine Liberalisierungsagenda gehen

kann, wird am Bericht des von Jeffrey Sachs koordinierten „Millennium-Projekts“ der UN deutlich. Das Kapitel des so genannten Sachs-Reports zu Handel empfiehlt einen vollständigen Freihandel bis zum Jahr 2025. Auf dem Weg dahin sollten Industriestaaten alle Industriezölle bis 2015 abschaffen und die Agrarzölle auf höchstens 5% senken. Für Entwicklungsländer macht der Report ganz ähnliche Empfehlungen: Bis 2015 sollten alle Agrarzölle auf 10% (15% für die ärmsten Länder) reduziert werden - und Industriezölle bis 2025 in allen Entwicklungsländern ganz abgeschafft werden.

Dieser Vorschlag entstammt nicht nur dem Reißbrett der neoklassischen Ökonomie, er ignoriert auch völlig historische Erfahrungen um den Zusammenhang zwischen Handelspolitik und wirtschaftlicher Entwicklung. Und - man mag darüber mehr oder weniger erstaunt sein - er orientiert sich darüber hinaus bis in Details an dem ursprünglichen Vorschlag der USA zum Zollabbau in der Doha-Runde der WTO (*United States Trade Representative, 2002*). Der derzeitige Verhandlungsstand in der Runde ist im Übrigen weniger weitgehend - und obwohl er von NGOs aus Nord und Süd als entwicklungspolitisch kontraproduktiv verurteilt wird, wäre er damit weniger desaströs für Entwicklungsländer als der Vorschlag des Millenniumprojekts.

Denn tatsächlich verlieren viele Menschen durch Liberalisierung und Zollabbau die wirtschaftliche Basis für ihren Lebensunterhalt. Wenn den ärmeren Ländern Schutzmechanismen (etwa Zölle) untersagt bleiben, sind sie nicht in der Lage, ihre Bevölkerung vor preisgünstigeren Konkurrenzprodukten aus dem Ausland zu schützen. Bäuerinnen und Bauern, die durch den Verkauf auf dem lokalen Markt nun keine Einnahmen mehr erzielen, weil Konkurrenzprodukte aus der industriellen und oftmals hoch subventionierten Landwirtschaft der USA, Kanadas, der EU und anderer Exportländer (etwa Brasilien) die Märkte überschwemmen, verlieren ihre oftmals einzige Einkom-

mensquelle. Billig-Importe von Reis in den Philippinen, Weizen in Kenia oder Mais in Mexiko sind Beispiele dafür, wie Millionen von Kleinbauern aus dem Markt verdrängt werden. Dieser Prozess ist bereits in vollem Gange, er würde durch weitere Liberalisierung forciert und beschleunigt werden. Seit Gründung der WTO wurden zahlreiche Länder, die sich bisher mit landwirtschaftlichen Gütern selbst versorgen konnten, zu Netto-Importeuren von Nahrungsmitteln, während die Abwanderung von arbeits- und brotlosen Kleinbauern in die Städte und Ballungsgebiete voranschreitet, und mit ihr die Verelendung ganzer Bevölkerungsgruppen (*Wuppertal Institut, 2005*).

Das Ziel, ein „offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handelssystem weiterzuentwickeln“, könnte im Kontext der MDGs möglicherweise auch weniger marktradikal interpretiert werden. Es stellt sich allerdings die Frage, welche konkreten Anhaltspunkte eine solche Interpretation stützen würden. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) etwa hält in seinem Human Development Report 2005 (*UNDP, 2005*) fest, dass Handelsliberalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel gesehen werden sollte, Entwicklungsmöglichkeiten zu erweitern. Dazu müssten zunächst die ungerechten, die Entwicklungsländer benachteiligenden Handelsregeln verändert werden. Die Doha-Runde allerdings habe die Möglichkeiten dazu bisher „vertan“ - eine Sichtweise, die verpasste Chancen unterstellt, obwohl es diese rückblickend zu keinem Zeitpunkt wirklich gegeben hat.

Nichtsdestoweniger kommt auch UNDP zu dem Ergebnis, dass sich kein systematischer Zusammenhang zwischen Importliberalisierung in Entwicklungsländern und höherem Wirtschaftswachstum nachweisen lässt. Im Gegenteil war die durchschnittliche Wachstumsrate der Länder, die ihre Zölle zwischen 1985 und 2003 am stärksten gesenkt hatten, etwas niedriger als die jener Länder, die ihre Zölle weniger gesenkt oder gar leicht er-

höht hatten. UNDP schließt daraus, dass es in der Regel aktiver Interventionen durch die Regierungen bedarf, um die Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft erfolgreich zu gestalten. Dem stehen die derzeitigen WTO-Regeln für Subventionen und „handelsbezogene Investitionsmaßnahmen“ (TRIMS) allerdings entgegen. Eine entwicklungsfreundliche Anpassung dieser Regeln sucht man wegen des Widerstands der Industriestaaten auf der Tagesordnung der Doha-Runde vergeblich.

Selbst in Ländern, in denen Exportorientierung und Weltmarktintegration zu positiven Wachstumseffekten geführt haben, trug dies oftmals nicht direkt zur Armutsbekämpfung bei. Eine Studie der Weltbank über China stellt fest (Ravaillon und Chen, 2004, zit. n. Reichert, 2006), dass das Wachstum in ländlichen Gebieten, vor allem in der Landwirtschaft selbst, den wichtigsten Beitrag zur Verminderung der absoluten Armut in China leistete. Entscheidend waren die Aufhebung der Zwangskollektive und die Anhebung der (staatlich kontrollierten) Preise. Die sehr gleichmäßige Landverteilung (an die ehemaligen Mitglieder der Kollektive) hatte einen positiven Einfluss.

Stattdessen mussten viele Länder, die ihre Exporte ohne begleitende nationale Maßnahmen gesteigert haben, erfahren, dass eine Exportorientierung zu einer Verschlimmerung der Armut führen kann. So belegt etwa eine Studie für Thailand, das mittlerweile zum weltgrößten Reis-Exporteur aufgestiegen ist, dass durch den Preisverfall für Agrargüter auf dem Weltmarkt die Reallöhne der Bauern trotz vermehrter Exporte gesunken sind, während gleichzeitig die Exportsteigerungen die eigene Nahrungsmittelsicherheit der Bäuerinnen und Bauern in Mitleidenschaft gezogen und zu einer drastischen Übernutzung der natürlichen Ressourcen geführt hat. Im Ergebnis leben in Thailand heute 40% der ländlichen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, während die Exporte um 52% gesteigert werden konnten (Chomthongdi, 2004).

Auch bei verarbeiteten Gütern lässt sich belegen, dass die Steigerung der Exporte kaum zum Abbau der absoluten Armut beiträgt. (Ravaillon und Chen, 2004, zit. n. Reichert, 2006; FAO et al., 2002) Stattdessen entwickelte sich die Einkommensverteilung deutlich ungleicher, was weitere Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erschwert. Zudem hat sich in Ländern wie Mexiko und Guatemala, in denen Einkommens- und Landverteilung bereits vor der Exportsteigerung sehr ungleich waren, die absolute Armut trotz Export- und Wirtschaftswachstum kaum verringert (UNDP, 2005).

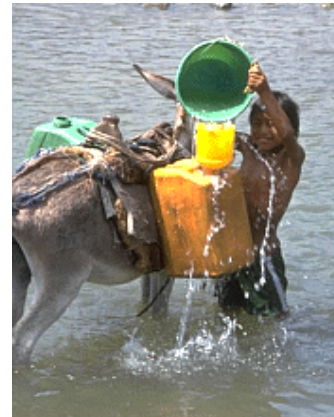
Sieht man einmal aus methodischen Gründen von Verteilungsfragen ab und betrachtet die globalen Gewinne, die durch die Liberalisierung des Welthandels erwartet werden, so stellt man fest, dass auch hier die Schätzungen weit auseinander gehen. Beispiel Landwirtschaft: Während die Weltbank von globalen Einkommensgewinnen von 17,7 Milliarden US-Dollar ausgeht (Anderson et al., 2006), kommt eine vom Carnegie Endowment for International Peace vorgelegte Studie mit 5,4 Milliarden US-Dollar nur auf weniger als ein Drittel dieser Summe.

Die Carnegie-Studie warnt außerdem, dass Handel kein Patentrezept für Armutsbekämpfung und Entwicklung biete. Falsche und unrealistische Annahmen über vermeintliche Wohlfahrtswirkungen des Handels könnten schwerwiegende Folgen haben und gar zum Anwachsen von Armut beitragen, indem sie den politischen Druck für Liberalisierungen verstärken und dabei die Argumente für die defensiven Interessen von Entwicklungsländern schwächen.

Diese defensiven Interessen von Entwicklungsländern finden in den MDGs keinen Platz. Dort ist das Ziel unwidersprochen, „ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiter zu entwickeln.“ Dies jedoch widerspricht der handelspolitischen Position der Zivilgesellschaft und auch vieler Regierungen

des Südens. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen setzen sich in den Verhandlungen auf der multilateralen Ebene der WTO wie auch bei regionalen Freihandelsabkommen - etwa den Economic Partnership Agreements, (EPAs) der EU mit den AKP-Staaten, den Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums -

für die defensiven Interessen der Entwicklungsländer ein und fordern den nötigen „policy space“, den wirtschaftspolitischen Spielraum, um die eigenen Märkte vor überlegener Konkurrenz zu schützen und damit oftmals den Ärmsten ein Einkommen weiterhin zu ermöglichen.



Entwicklungspolitische Rhetorik und wirtschaftspolitische Realität: Die MDGs und die WTO

Die Liberalisierung des Welthandels, wie sie in MDG 8 gefordert wird, läuft der Erreichung anderer MDGs zuwider. Insofern sind die MDGs inkohärent. Die Abkommen der WTO und bilaterale Freihandelsabkommen beeinflussen direkt die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, durch gezielte handelspolitische Maßnahmen Wachstum, und in Kombination mit anderen Instrumenten auch Armutsreduzierung, voranzutreiben. Tatsächlich werden diese Möglichkeiten auf der WTO-Ebene durch die Liberalisierungsverpflichtungen der Uruguay-Runde eingeschränkt; durch die Verhandlungen der so genannten Doha-Entwicklungsrunde, sollten sie denn zu einem Ergebnis gelangen, drohen zusätzliche, drastische Einschnitte - die in diversen bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen eine weitere Steigerung erfahren.

Beispiel Agrarhandel. Landwirtschaft ist gerade für die Ärmern in Entwicklungsländern die Basis, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, zum einen zur Selbstversorgung, zum anderen aber auch zum Verkauf auf lokalen Märkten, um dringend benötigtes Einkommen für Kleidung, Gesundheit, Bildung, etc. zu erwirtschaften. Mehr als zwei Drittel aller absolut Armen in ländlichen Gebieten lebt von der Landwirtschaft, die Regeln des globalen Agrarhandels sind daher eng mit dem Ziel der Armutsbekämpfung verknüpft.

Auf der WTO-Ebene wird das in MDG 1 enthaltene Ziel der Hungerbekämpfung (etwa neben dem TRIPS-Abkommen) besonders durch die Regeln zum Agrarhandel beeinflusst.

Die Kernprobleme des WTO-Agrarabkommens (Agreement on Agriculture - AoA) aus entwicklungspolitischer Sicht sind:

- Es setzt sehr hohe Obergrenzen für die am meisten handelsverzerrenden Unterstützungsmaßnahmen der Industrieländer statt diese drastisch zu reduzieren. Darüber hinaus enthält es eine neue Kategorie von vorgeblich nicht handelsverzerrenden Subventionen, deren Kriterien so weit gefasst sind, dass Exporte weiterhin indirekt subventioniert werden können. Das Problem des Exportdumpings von Grundnahrungsmitteln bleibt damit bestehen. Darunter leiden besonders Kleinbauern in Entwicklungsländern, die auf ihren heimischen Märkten nicht gegen diese subventionierte Konkurrenz und das Dumping von Agrargütern bestehen können.
- Dieses Problem wird noch durch die ebenfalls im AoA vorgesehene Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer verstärkt. Darüber hinaus haben viele Entwicklungsländer im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank ihre Agrarmärkte weiter geöffnet als von der WTO vorgeschrieben.

- Schließlich haben selbst exportorientierte Entwicklungsländer sehr viel weniger vom AoA profitiert als erhofft, da die Industrieländer hohe Zölle auf Produkte beibehalten konnten, in denen sie starke Konkurrenz zu befürchten haben.

Entsprechend ist es eines der wichtigsten Ziele der Entwicklungsländer in den aktuellen WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde, diese Ungleichgewichte abzubauen. Beim bisherigen Verhandlungsstand und der harten Haltung vieler Industrieländer zeichnet sich hier allerdings kein Erfolg ab. Im Gegenteil: Sollten sich die USA durchsetzen können, droht ein Szenario, in dem Entwicklungsländer ihre Agrarmärkte sehr weitgehend öffnen müssen, während Industrieländer ein hohes Niveau von handelsverzerrenden Subventionen beibehalten können. Der in der Runde schon vereinbarte Abbau der direkten Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 würde bei weitem nicht ausreichen, um die negativen Auswirkungen eines solchen Pakets auszugleichen.

Ähnlich desaströs sieht es für Entwicklungsländer bei Industriegütern aus. Die Verhandlungen über den Marktzugang für nicht-landwirtschaftliche Güter (Non-Agricultural Market Access - NAMA) würden beim bisherigen Stand in starken Zollsenkungen vor allem für Entwicklungsländer resultieren. Damit wäre ihnen ein weiteres wichtiges Instrument für eine aktive Industriepolitik genommen, das nahezu alle heutigen Industrie- und Schwellenländer als Teil ihrer Entwicklungsstrategie eingesetzt haben. Dies macht eine Weltmarktintegrationsstrategie, die Wachstum fördert und Armut reduziert (und damit dann auch direkt zum MDG 1 beiträgt) sehr viel schwieriger, wenn nicht unmöglich (UNDP, 2005). Kritiker der NAMA-Verhandlungen sprechen deshalb auch von einem Rezept zur De-Industrialisierung (Chang, 2005). Obwohl die NAMA-Verhandlungen definitionsgemäß nur Industriegüter umfassen, wird eine weitere Liberalisierung dieses Warenbereichs auch die Ernährungssituation massiv und somit die Erreichung

des MDGs 1 beeinträchtigen: zu den Industriegütern zählen bei der WTO auch Fischereiprodukte. Die weitere Liberalisierung für diesen Sektor wird die bereits jetzt schon dramatische Situation der Überfischung nur noch verstärken und vor allem den Entwicklungsländer wichtige Eiweißquellen nehmen (Greenpeace, 2007).

Ähnliche Zielkonflikte ergeben sich auch bei den Verhandlungen über die Liberalisierung des Dienstleistungshandels im Rahmen des GATS (General Agreement on Trade in Services). Die im GATS mögliche, und von der EU in einigen Sektoren auch tatsächlich angestrebte, Liberalisierung und damit in der Regel verbundene Privatisierung essentieller Dienstleistungen wie Gesundheit, Wasserversorgung und Bildung haben direkte Auswirkungen auf die MDGs 2 (Grundschulbildung) und vor allem 4-6 (Gesundheit) und 7 (vor allem Zielvorgabe 10: Zugang zu sauberem Trinkwasser). Denn die Praxis zeigt, dass sich die durch Liberalisierung erhofften Effizienzgewinne oft nicht realisieren, vielmehr sich die ohnehin prekäre Versorgungssituation der Armen weiter verschlechtert.

Inzwischen gibt es zahlreiche Beispiele in Afrika, Asien und Lateinamerika für negative Auswirkungen einer privatisierten Wasserversorgung auf den Zugang der Armen zu bezahlbarem Trinkwasser (Khor, 2005). Im Gesundheitssektor kann die Liberalisierung dazu führen, dass private Anbieter sich auf eine reichere und gesündere Klientel konzentrieren und der „arme Rest“ im öffentlichen Sektor verbleibt (Khor, 2005). Damit entfielen die Möglichkeiten der „Quersubventionierung“ ärmerer Haushalte durch die Wohlhabenderen in einem solidarischen Gesundheitssystem. Insgesamt besteht die Gefahr, dass sich private Anbieter von auf Netzwerken basierenden Dienstleistungen wie Wasserversorgung, aber auch Energieversorgung, Transport und Telekommunikation auf die nachfragekräftige Kundschaft konzentrieren, während ärmere Regionen oder Stadtviertel mangels Kaufkraft unterversorgt bleiben.

Diese Gefahren bedeuten nun nicht, dass staatseigene Betriebe Basisdienstleistungen grundsätzlich und in jedem Falle besser und gerechter bereitstellen würden. Ein liberalisierter Dienstleistungssektor bedarf jedoch besonders im Bereich der mit den MDGs direkt verknüpften Basisdienstleistungen einer gut entwickelten, flexiblen Steuerung und Regulierung. Der im GATS vorgegebene Rahmen ist hierfür nicht geeignet, da er den Spielraum für nationale Regulierung reduziert und es überdies nahezu unmöglich macht, einmal fest gelegte Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte wieder rückgängig zu machen.

Auf die negativen Auswirkungen des TRIPS-Abkommens bezüglich des Zu-

gangs zu lebenswichtigen Medikamenten wurde bereits weiter oben eingegangen. Weitere Probleme entstehen durch die höheren Anforderungen an den Schutz geistiger Eigentumsrechte auch für lebende Organismen (einschließlich Saatgut). Dies bedeutet für Bauern in aller Regel höhere Kosten für Saatgut und steht damit direkt in Widerspruch zu MDG 1, der Hungerbekämpfung. Darüber hinaus sanktioniert das TRIPS-Abkommen „Bioterrorismus“ nicht, es hindert transnationale Unternehmen nicht daran, sich die genetischen Ressourcen des Südens qua Rechte an geistigem Eigentum anzueignen. Dies gefährdet MDG 7, indem es die Leistungen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften an der Erhaltung der biologischen Vielfalt nicht honoriert.

Fazit

Dass die staatliche Entwicklungspolitik sich für die Bekämpfung von Hunger, Kindersterblichkeit und der weiteren Ausbreitung von AIDS engagieren will, kann man nur begrüßen. Wenn die MDGs eine Politik für das eine oder andere dieser Ziele befördern können, so ist auch dagegen nichts zu sagen. Solchen Anliegen ist Zustimmung allenthalben gewiss. Diese breite Zustimmungsfähigkeit macht die MDGs fraglos attraktiv für eine - oftmals staatlich organisierte - Öffentlichkeitsarbeit, die sich als Werbekampagne für die Ziele der Armutsbekämpfung versteht und einen breiten gesellschaftlichen Konsens für diese Arbeit herstellen will.

Allerdings steht die Begeisterung für die MDGs in einem krassen Missverhältnis zu ihrer Tauglichkeit für die Armutsbekämpfung. Weder als entwicklungspolitischer Werkzeugkasten noch als politischer Wegweiser bieten sie für eine kohärente Orientierung auf Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit eine ausreichende Basis. Stattdessen verleiten die MDGs offensichtlich zu einer technokratischen Auffassung von Entwicklungspolitik (Die Sache muss nur endlich mal richtig angepackt werden!), sie greifen entwicklungspolitisch zu kurz und lenken ab von der Verantwortung der Industrieländer für die Armut in den Ländern des Südens.

Besonders deutlich wird dies bei MGD 8. Die schönen Worte von einer globalen Entwicklungspartnerschaft und einem offenen, nichtdiskriminierenden Welthan-

delssystem verdecken die wahren Interessen der Industrieländer, wie sie etwa in den WTO-Verhandlungen und auch in bilateralen Freihandelsabkommen zu Tage treten.

Die MDGs geben vor, Handelspolitik in den Dienst von Entwicklung stellen zu wollen. Tatsächlich zeigt die Analyse, dass genau dies nicht der Fall ist. Vielmehr bergen die MDGs die Gefahr, einen breiten gesellschaftlichen Konsens nicht nur über die Ziele, sondern auch über die Instrumente von Armutsbekämpfung vorzutäuschen. Gerade gegenüber der staatlichen Politik deutlich zu machen, dass dieser Konsens so nicht existiert, ist Voraussetzung für politische Veränderungen, die die vielfältigen Ursachen globaler Ungerechtigkeit und Armut tatsächlich ins Visier nehmen.



Quelle: European Community, 2007

Literatur

Amin, Samir (o.J.): *The Millennium Development Goals: A critique from the South;* Monthly Review

Anderson, Kym, Martin, William J. und Mensbrugghe, Dominique van der (2006): *Market and Welfare Implications of Doha Reform Scenarios.* In: Kym Anderson, William J. Martin (Hg.): *Agricultural Trade Reform and the Doha Development Agenda,* Washington

Antrobus, Peggy (2004): *MDGs - The Most Distracting Gimmick.* In: Barton, Carol und Prendergast, Laurie (Hg.): *Seeking Accountability on Women's Human Rights: Women Debate the Millenium Development Goals,* Mumbai

Bond, Patrick (2005): *Global governance campaigning and MDGs: From top-down to bottom-up anti-poverty work.* o.O.

Chang, Ha-Joon (2005): *NAMA gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung des Südens. Massiver Zollabbau wird eine Welle der De-Industrialisierung auslösen.* In: Forum Umwelt und Entwicklung, EED, Greenpeace, WEED (Hg.): *Das NAMA-Drama. Wie die WTO-Verhandlungen über Industriegüter Umwelt und Entwicklung bedrohen.* Bonn

Chomthongdi, J (2004): *Challenging the Market Access Agenda: A Case Study on Rice from Thailand. Focus on the Global South,* Bangkok.

FAO, IFAD, World Food Programme (2002): *Reducing Poverty and Hunger. The Critical Role of Financing for Food, Agriculture and Rural Development.* Paper Prepared for the International Conference on Financing for Development, Monterrey, Mexico, 18-22 March 2002. Rom

Frein, Michael (2005): *Nur bedingt geeignet.* In: INKOTA-Rundbrief, Nr. 2

Fergusson, Ian F. (2006): *The WTO, Intellectual Property Rights, and the Access to Medicines Controversy.* US Congressional Research Service (CRS), CRS Report for Congress: Updated December 12

Grabisch, W.A.F. (1980): *Die Ausgangslage,* in: *Deutsche Welthungerhilfe (Hrsg.): Den Hunger beenden. Ernährung und Landwirtschaft am Beginn des dritten Entwicklungsjahrzehnts,* Bonn

Greenpeace (2007): *Trading Away Our Oceans. Why trade liberalization of fisheries must be abandoned.* Greenpeace International, Amsterdam.

Khor, Martin (2005): *Implications of some WTO rules on the realisation of the MDGs;* Third World Network, Penang

Küblböck, Karin (2006): *Schmerztherapie statt Ursachenbekämpfung? Eine strukturelle Kritik an den Millenniums-Entwicklungszielen.* In Nuscheler und Roth (2006), a.a.O.

Kulessa, Manfred (2006): *Gut gezielt und schlecht getroffen.* In: eins, Nr. 22

Loewe, Markus (2005): *Die Millennium Development Goals: Hintergrund, Bedeutung und Bewertung aus Sicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit;* Discussion Paper 12, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Nuscheler, Franz (2006): *Sinnentleerung des Prinzips Nachhaltigkeit. Die Millennium-Entwicklungsziele haben eine ökologische Lücke.* In: Nuscheler und Roth (2006), a.a.O.

Nuscheler, Franz und Roth, Michèle (Hg.) (2006): *Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?* Bonn

Nuscheler, Franz und Roth, Michèle (2006a): *Die Millennium- Entwicklungsziele: ihr Potenzial und ihre Schwachstellen. Eine kritische Zusammenfassung.* In: Nuscheler und Roth (2006), a.a.O.

Oltersdorf, U. (1986): *Zur Welternährungslage - die zwei Gesichter von Fehlernährung.* Deutsche Welthungerhilfe, Bonn.

Polaski, Sandra (2006): *Winners and Losers: Impact of the Doha Round on Developing Countries.* Carnegie Endowment, Washington. [<http://www.carnegieendowment.org/files/Winners.Losers.final2.pdf>].

Pogge, Thomas (2007): *„How not to count the poor“ - Defizite und Schwächen der MDG-Indikatoren.* In: Global Policy Forum/terre des homes (Hg.): *Die MDGs und die Armutsindikatoren von Weltbank und UN - Defizite und Alternativen.* Bonn

Ravaillon, Martin und Shoahua, Chen (2004): *China's (uneven) progress against poverty,* World Bank Policy Research Paper 3408, Washington

Reichert, Tobias (2006): *Internationale Handelspolitik 2005. Weiter kein Motor für Entwicklung und Armutsbekämpfung.* In: VENRO (Hg.): *Die Millenniumsziele in Reichweite? Eine Bewertung des entwicklungspolitischen Entscheidungsjahres 2005; 2015 im Gespräch,* Nr. 9, Bonn

Sachs, Jeffrey (2005): *Investing in Development. A practical plan to achieve the Millennium Development Goals.* UN Millennium Project, Earthscan, London

Santarius, Tilman (2005): *Fair Future oder Investment in Development? Zwei Ansätze für mehr Gerechtigkeit in der Welt im Vergleich.* In: politische ökologie Nr. 95

UNDP / United Nations Development Programme (2005): *International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world.* Human Development Report 2005, New York

United States Trade Representative (2002): *U.S. Proposes Tariff-Free World, WTO Proposal Would Eliminate Tariffs on Industrial and Consumer Goods by 2015;* http://www.ustr.gov/Document_Library/Press_Releases/2002/November/US_Proposes_Tariff_Free_World,_WTO_Proposal_Would_Eliminate_Tariffs_on_Industrial_Consumer_Goods_by_2015.html?ht=

Unmüßig, Barbara (2006): *Millennium-Entwicklungsziele - (k)ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung?* Heinrich Böll Stiftung, Berlin

Vereinte Nationen (2002): *Millenniumserklärung.* <http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumserklaerung.pdf>

WBGU / Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2005): *Welt im Wandel: Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik.* Springer-Verlag, Berlin Heidelberg.

Wuppertal Institut (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und global Gerechtigkeit.* Ein Report des Wuppertal Instituts, München



Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10 · 53177 Bonn
Tel.: 02 28 - 35 97 04 · Fax: 02 28 - 92 39 93 56
E-Mail: info@forumue.de · www.forumue.de